

5. XII 1914.

Die zweite Kriegstagung des Reichstages.

(Von unserem Berichterstatter.)

Berlin, 3. Dezember.

Es war anders als am 4. August. Damals sah man, im Reichstag verkörpert, das Bild eines ganzen Volkes, das, aus seiner Ruhe aufgeschreckt, der ungeheuren Gefahr sich kaum erst bewußt werdend, zu den Waffen stürzte. Vier Monate sind seitdem vergangen, vier Monate, wie sie die Erde zuvor niemals noch erlebt hatte, vier Monate, in denen wir uns an das Ungeheure gewöhnt haben, an gewaltige Opfer und riesengroßes Leid und an Gefahren, die uns doch nicht schrecken können. Wir haben die ersten Triumphe der deutschen Waffen erlebt und die Zeiten hanger Unentschiedenheit vor letzten, schwersten Entscheidungen. So hat sich die Stimmung der Gefährtheit, der Entschlossenheit und der unerschütterlichen Zuversicht, die das ganze Volk erfüllt, auch auf den Reichstag übertragen. Nicht in der ersten aufwallenden Begeisterung, sondern in dem festen Entschluß, bis zum Neuesten durchzuhalten, haben alle Parteien des Reichstages das zweite Fünfmilliardenopfer bewilligt.

Die Rede des Reichskanzlers war keine Siegesfanfare vor dem Siege. Sie enthielt nichts von nationaler Selbstüberhebung und Herabsetzung der Feinde, nichts von Zerschmetterung und Eroberung. Aus ihr sprach ein tiefer Ernst, der sich der ganzen Schwere der Situation und seiner ganzen Verantwortung bewußt ist. Von der ungeheuren Uebermacht der Feinde ist in ihr die Rede und von ihrem noch ungebrochenen Widerstand, von der Notwendigkeit, die Unabhängigkeit des Reiches bis zum Neuesten zu verteidigen. Da ist keiner im deutschen Volke, der solchen Gedankengängen nicht zustimmt.

Als ein freies Volk soll nach dem Gelübnis des Reichskanzlers das deutsche Volk aus dem Weltkrieg hervorgehen. Dafür steht er nicht allein, dafür stehen auch wir ein. Es wird, sagt der Reichskanzler, nach dem Kriege wieder Parteien geben, und — fügen wir hinzu — unter diesen Parteien werden die Meinungen über das Maß der inneren Freiheit, das dem Volke zuzumessen ist, wahrscheinlich weit auseinandergehen. Aber gegen die Partei, die das Maß der inneren Freiheit nach den Grundsätzen vollkommener Demokratie bemessen will, wird nicht mehr der Vorwurf erhoben werden können, daß sie in ihrem Eifer, das Reich zu verteidigen, hinter irgend einer anderen zurückstehe. Ein leerer Platz im überfüllten Hause, mit einem Kranze ewig gründer Lorbeeren geschmückt, sagt darüber mehr als alle Erklärungen. Hier — in Ludwig Franks unvergeßlichem Opfer — sprach nicht das Wort, sondern die Tat.

Mit dem Irrat, der Mißgunst und dem Mißverständnis einer öden und dumpfen Zeit soll ausgeräumt werden. Der Kanzler verspricht es und als Vorbild einer glücklicheren Zukunft erscheint ihm das weite Feld draußen, auf dem in Opfer und Gefahr einer dem anderen gleich ist. Wir halten uns nicht an dieses Versprechen des Reichskanzlers; kein Mensch ist, auf sich allein gestellt, stark genug, ein solches Versprechen zu erfüllen. Aber wir vertrauen dem Volke; das Volk ist stark genug, um diese Verheißungen wahr zu machen, das Volk weiß, daß es nicht für die Sache eines Herrn, sondern für seine eigene Sache kämpft und blutet.

Die Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion, die sich, wie am 4. August, der Rede des Reichskanzlers angeschlossen, spricht über das Ziel des Krieges, die Abwehr aller Angriffe auf die Selbstständigkeit des deutschen Volkes, die volle Einmütigkeit der Nation aus. Wir sind überzeugt, daß sie auch im ganzen Volke Zustimmung finden wird, sofern sie nicht nur die Freiheit des deutschen Volkes, sondern auch die aller übrigen Völker als ihre grundsätzliche Forderung weit in den Vordergrund stellt. Sie unterläßt es nicht, Meinungsverschiedenheiten auszusprechen, wo sie vorhanden sind, und Tadel zu üben, wo sie etwas tadelnswert findet. Das zu tun ist nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der Volksvertretung zu jeder Zeit. Die Einigkeit der Gesinnung in dem, worauf es heute vor allem ankommt, tritt dadurch nur noch wichtiger und wirkungsvoller in Erscheinung. Als dann der Zentrumsabgeordnete Spahn namens aller anderen Parteien des Hauses eine Erklärung abgab, die eine gewisse Unzufriedenheit darüber verriet, daß die Sozialdemokratie auch im gegenwärtigen Augenblick nicht darauf verzichtet, ihre Forderungen im Interesse der Volkswohlfahrt und der staatsbürgerlichen Freiheit geltend zu machen, fühlte man wohl, daß die alten Gegensätze, die früher die Verhandlungen des Hauses dauernd beherrschten, zwar zurückgetreten, aber nicht verschwunden sind. Das kann uns nur recht sein! Es kann uns nur recht sein, wenn auch im gegenwärtigen Augenblick nicht vergessen wird, daß wir in vieler Beziehung anders sind als die anderen. Wir legen zu jeder Zeit Wert auf Unterscheidung. Aber die Einigkeit, die dann alle Parteien in der gemeinsamen Abstimmung über die Kriegskredite zusammensührte, muß die Welt darüber belehren, daß alle Spekulationen auf die vorhandenen starken Partei- und Klassengegensätze im Deutschen Reich müßig sind und müßig bleiben werden, bis das Ziel der staatlichen Sicherung nach außen erreicht ist.

Für das ganze Volk und für die deutsche Arbeiterbewegung sind die Richtlinien ihres Handelns klar vorgezeichnet. Die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion entspricht und entspringt der Stimmung der Massen, die hinter ihr stehen. Einig und geschlossen steht die deutsche Arbeiterklasse ein für die Verteidigung der Freiheit nach außen. Einig in sich selbst und fest zusammengeschlossen muß sie dastehen, um sich später auch die innere Freiheit zu erobern. Denn nur wo Einigkeit ist — sei es nach außen oder nach innen —, ist Kraft zum Sieg.

Die Erklärung der Sozialdemokraten.

Die Erklärung, die Genosse Haase im Reichstag abgab, hatte folgenden Wortlaut:

Im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers über Belgien stelle ich namens der Fraktion fest, daß die nachträglich bekanntgewordenen Tatsachen nach unserer Ueberzeugung nicht ausreichen, um von dem Standpunkt abzugehen, den der Herr Reichskanzler am 4. August gegenüber Luxemburg und Belgien eingenommen hat.

Im übrigen habe ich im Auftrag der sozialdemokratischen Fraktion folgende Erklärung abzugeben:

Die sozialdemokratische Fraktion steht auf dem Standpunkt ihrer Erklärung vom 4. August. Den Krieg, dessen tiefere Ursache die ökonomischen Interessengegensätze bilden, haben wir bis zum letzten Augenblick bekämpft. Noch sind aber die Grenzen unseres Landes von feindlichen Truppen bedroht. Daher muß das deutsche Volk auch heute noch seine ganze Kraft für den Schutz des Landes einsehen. Die Sozialdemokratie bewilligt deshalb die geforderten neuen Kredite.

In dankbarer Teilnahme gedenken wir aller tapferen Söhne des Volkes, die Leben und Gesundheit für uns hingegeben haben, und aller, die unter unsäglichen Entbehrungen und Mühen im Dienste des Vaterlandes stehen. (Vehhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Schon am 4. August haben wir in Übereinstimmung mit der Internationale den Grundsatz verkündet, daß jedes Volk das Recht auf nationale Selbstständigkeit habe, und es ist unsere unverbrüchliche Ueberzeugung, daß eine gedeihliche Fortentwicklung der Völker nur möglich ist, wenn jede Nation verzichtet, die Integrität und Unabhängigkeit anderer Nationen anzutasten und damit den Keim zu neuen Kriegen zu legen. (Vehhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wir bleiben deshalb bei dem, was wir am 4. August gesagt haben:

Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Die Sozialdemokratie verurteilt es, daß in allen Ländern kleine, aber rührige Kreise unter dem Deckmantel einer besonderen Vaterlandsliebe mit allen Mitteln den Haß gegen die anderen Völker zu erregen suchen und dabei jede Rücksicht auf Wahrheit und Würde außer acht lassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Solange sich der Krieg hinzieht, muß unermüdlich daran gearbeitet werden, die durch ihn geschaffenen Leiden und Not zu lindern für alle, die im Feldzug ihre Gesundheit verloren haben, und für die Angehörigen und Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer im weitesten Sinne reichlich zu sorgen für die vom Feinde aus ihrer Heimat vertriebenen Flüchtlinge, Arbeitsgelegenheit und Hilfe für die erwerbslos und arbeitslos gewordenen Volksgenossen zu schaffen sowie jede Hilfeleistung zu gewähren, die erforderlich ist, um unsere Volkskraft zu erhalten und die Versorgung des Volkes mit Nahrungs- und Gebrauchsgegenständen zu organisieren.

Die Anregungen unserer Partei und der Gewerkschaften zu sozialen Maßnahmen dieser Art sind bei der Reichsregierung zum Teil auf fruchtbarem Boden gefallen, doch muß nach unserer Ueberzeugung auf all diesen Gebieten noch mehr geschehen. (Vehhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wir erwarten aber von der Reichsregierung auch Vertrauen zu unserem Volke, das im Kampfe für das bedrohte Vaterland einmütig zusammensteht. Die Ausdehnung, in der die Verhängung des Kriegszustandes und die Beschränkung der verfassungsmäßigen Rechte, namentlich der Presse, noch jetzt aufrecht erhalten werden, ist durch nichts gerechtfertigt (vehafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten) und ist geeignet, Zweifel an der Reife und Entschlossenheit des deutschen Volkes zu erwecken. Die Handhabung der Zensur führt fortgesetzt zu Mißgriffen und wirtschaftlichen Schädigungen. Wir fordern schleunigste Abhilfe, gerade im Interesse geschlossener Verteidigung und des Ansehens und der Wohlfahrt des Deutschen Reiches. (Vehafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)